

Kath. Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) e.V.
Drachenfelsstr. 23
53604 Bad Honnef-Rhöndorf

Wie ist Ihre Position zum Einsatz grüner Gentechnik in der Landwirtschaft in Deutschland/ in der EU?

Wir wollen, dass Deutschland der Charta von Florenz beitrifft und gentechnikfreie Region wird. Beeinträchtigungen der Umwelt durch gentechnisch veränderte Organismen sind – einmal im Freiland ausgebracht – irreversibel und unvermeidbar. Der Weltagrarbericht bestätigt, dass die Erträge durch konventionelle Zuchtverfahren stärker gesteigert werden konnten als durch Gentechnik. Niemand muss hungern, wenn Ressourcen, Wissen und die Möglichkeiten, Lebensmittel zu erzeugen, gerecht verteilt werden.

Was werden Sie in Regierungsverantwortung unternehmen, um eine sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltige Landwirtschaft zu etablieren?

Wir wollen eine regional angepasste Landwirtschaft, an der auch Kleinbetriebe gleichberechtigt teilnehmen, die auch bei nachhaltigem Wirtschaften und ökologischem Verbraucherbewusstsein wettbewerbsfähig ist. Landwirte müssen vernetzt und transparent Bedingungen, Möglichkeiten und deren Umsetzung gemeinsam aushandeln. Zusammen mit Handel, den Qualitätssiegeln, Natur- und Tierschutzverbänden, den Politikern und Verbrauchern. Wir streben eine langfristig die Ressourcen schonende Landwirtschaft an.

Was tun Sie dafür, dass ländliche Räume als Lebensräume für Jugendliche und junge Erwachsene attraktiv und wirtschaftlich überlebensfähig bleiben/werden?

Das bestehende Angebot des ÖPNV möchten wir weiter ausbauen. Zugangshürden wie hohe Entgelte, komplizierte Entgeltstrukturen und Fahrzeuge mit physischen Barrieren wollen wir senken, um die Nutzung des ÖPNV attraktiver zu machen. Verschiedene Modelle für fahrscheinlosen ÖPNV in Pilotprojekten sollen getestet werden. Zudem unterstützen wir die Entwicklung alternativer Mobilitätskonzepte. Wir fordern einen flächendeckenden Ausbau des Breitbandinternets, sodass eine Nutzung für jeden möglich ist.

Es bilden sich zunehmend Oligopole im Lebensmittelmarkt. Was gedenken Sie gegen die Konzentration der Marktmacht der Supermarktketten zu unternehmen?

Generell sind der Abbau von Monopolen/Oligopolen und eine Marktöffnung erklärtes politisches Ziel der Piraten. Wir wollen erreichen, dass landwirtschaftliche Betriebe nicht mehr unter dem Preisdruck von Lebensmittelkonzernen und verarbeitender Industrie stehen. Wir wollen ProduzentInnen und DienstleisterInnen dazu verpflichten, umfassende und verständliche Informationen bezüglich ihrer Produkte und deren Herstellung bereitzustellen. Die Möglichkeiten neuer Medien sollten hierfür genutzt werden.

Wie werden Sie die zugesagten 0,7 Prozent des BIP für die Entwicklungszusammenarbeit erreichen und bis wann?

Wir fordern die lineare Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit über die kommende Legislaturperiode von den derzeit 0,34 % (ca. 9,5 Milliarden Euro) des Bruttonationaleinkommens hin auf die international vereinbarte Zielmarke von 0,7 % (derzeit ca. 19,5 Milliarden Euro), die 2017 zu erreichen ist. Zu diesem Zweck ist unter anderem sicherzustellen, dass die Einnahmen aus der kommenden Finanztransaktionssteuer zu großen Teilen für Entwicklungszusammenarbeit genutzt werden.

Wie wollen Sie eine globale Ernährungssicherung gewährleisten und welche Rolle kann darin Ernährungssouveränität spielen?

Der Kampf gegen Armut und Hunger kann nur durch eine Wirtschaftspolitik gewonnen werden, die Rücksicht auf Menschen in allen Nationen nimmt. Bruttoinlandsprodukt und Wachstumsrate sollen nicht mehr alleinige Orientierungsgrößen sein, da sie nur bedingt mit Wohlstand und Nachhaltigkeit verknüpft sind. Die Wirtschaftspolitik muss sich den individuellen Lebensentwürfen der Menschen öffnen. Dafür werden wir die Rechte von Menschen in weniger stark industrialisierten Ländern am Weltmarkt stärken.

Wie steht ihre Partei zu einem allgemeinen Tempolimit auf Autobahnen?

Wo es nötig ist (etwa Gefahrenstellen oder Lärmschutz) gibt es Geschwindigkeitsbeschränkungen. Umweltschonender Verkehr kann durch Verbrauchsreduzierung erreicht werden. Tempolimits sollten flexibel an die jeweilige Situation angepasst sein. Bei hohem Verkehrsaufkommen lässt sich durch passend gesetzte Geschwindigkeitsbeschränkungen der Verkehr im Fluss halten, während die Limits bei freier Strecke aufgehoben werden können.

Wie sieht nach Ihrer Zielsetzung die Energieversorgung im Jahr 2050 aus (Gesamtenergieverbrauch inklusive Strom, Wärme, Verkehr, Produktion)?

Wir möchten die Energiewirtschaft weitestgehend vollständig zu einem nachhaltigen, umweltschonenden, dezentralen und transparenten System umbauen. Wichtige Parameter sind dabei der Verzicht auf unnötigen Verbrauch, sowie die soziale Verträglichkeit. Daher werden wir die Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen und Atomkraft durch nachhaltige und umweltschonende Ressourcen ersetzen. Dazu gehört auch der Ausbau von Verteilungsnetzen und Energiespeichern. Eine dezentrale Erzeugung wird dabei angestrebt.

Wie wollen Sie Jugendliche besser an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen?

In diversen Anträgen haben sich verschiedenste Piraten bspw. für die Ausweitung der Mitbestimmung über Jugendparlamente ausgesprochen. So lassen sich insbesondere bei Entscheidungen auf kommunaler Ebene die Interessen der jüngeren Generation bei der Entscheidungsfindung einbinden und das Interesse an Politik steigern. Weiterhin ist es unser Bestreben, das aktive Wahlrecht insofern zu reformieren, als dass auch unter 18-jährige ihre Stimme auf allen Ebenen abgeben können.

Welche Ziele hat ihre Partei in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und welche Maßnahmen planen Sie, um diese zu erreichen?

Piraten setzen sich für die Überwindung der traditionellen Sicht des Begriffes „Geschlecht“ ein. Freie Selbstbestimmung und die Vielfalt der Lebensstile sind unser Ziel. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Geschlechterrolle oder der sexuellen Orientierung muss überwunden werden. Um dies bspw. auch im beruflichen Bereich zu forcieren, setzen wir uns für anonyme Bewerbungen ein, die auf die Nennung von Namen und Geschlecht verzichten. Quotenregelungen lehnen wir mehrheitlich ab.

Wie garantieren Sie eine öko-faire Beschaffung in der Verwaltung auf Bund-, Länder- und Gemeindeebene (z.B. bei Lebensmitteln, Büromaterialien, Berufsbekleidung)?

Wir vertreten die Idee des fairen Miteinanders und unterstützen aus diesem Grund die Idee des fairen Wirtschaftens. Sowohl in der Erzeugung, wie im Transport. Wir sehen ökofaire Produkte als einen Teilaspekt des Fair-Trade-Gedanken. Somit setzen wir uns dafür ein, dass dieser zur Handlungsmaxime aller Menschen und Institutionen wird. Eine Garantie kann es jedoch nicht geben. Alle Ebenen sind eigenständig in der Auswahl und Beschaffung von Betriebs- und Lebensmitteln.